

PROKLA-Redaktion

Editorial: Gesellschaftstheorie nach Marx und Foucault

Trotz einer verzweigten Diskussion und einer nicht mehr zu überschauenden Literatur über die Arbeiten Michel Foucaults ebenso wie über die von Karl Marx wird das Verhältnis beider Autoren wenig thematisiert. Dabei gibt es zwischen Foucault und Marx eine große Schnittmenge an theoretischen Interessen, zahlreiche Übereinstimmungen in den analytischen Aussagen und Gemeinsamkeiten in den emanzipatorischen Zielen. Jedenfalls war dies eine Wahrnehmung, wie sie in den 1970er Jahren verbreitet vorhanden war. Es sei nur darauf hingewiesen, daß in Deutschland einige der kleineren Schriften Foucaults in der Reihe „Internationale Marxistische Diskussion“ des Merve Verlags erschienen. Vieles an Zusammenhang wurde einfach unterstellt. Dies war keineswegs willkürlich, denn die expliziten, vor allem die impliziten Verweise Foucaults auf Marx waren offensichtlich, der Kontext, in dem er seine Überlegungen entfaltete, verwies in wichtigen Hinsichten auf die zeitgenössische marxistische Diskussion, auf den Freudo-Marxismus, auf Althusser. Doch mittlerweile ist auch klar, daß die Selbstverständlichkeit, mit der beide Autoren als Teil eines radikalen linken, emanzipatorischen Projekts verstanden wurden, selbst Ergebnis einer bestimmten Diskurskonstellation und besonderen Praxis der Linken der 1970er Jahre war. Die Art und Weise, wie Marx und Foucault zueinander ins Verhältnis gesetzt wurden, hat sich seitdem selbst mehrfach verändert. In den frühen 1970er Jahren wurden vor allem Foucaults epistemologische Schriften rezipiert. In dieser Phase waren die Be-

rührungspunkte zwischen der marxistischen Diskussion und Foucault noch relativ groß. Auf der Suche nach kritischen Ansätzen, die sich dem Einfluss der positivistischen Wissenschaftsphilosophie Karl Poppers entgegenzustellen vermochten, boten Foucaults Studien zum Wahnsinn, zur Klinik, zur historischen Entwicklung der Humanwissenschaften, seine methodologischen Überlegungen zu Archäologie und Diskurs wichtige Überlegungen und Begriffe. Wo die ältere Kritische Theorie eher nur Ansprüche auf die Kritik am Positivismus und darauf formulierte, Wahrheitsansprüche und Geschichte der Wissenschaften im Rahmen einer Theorie der kapitalistischen Gesellschaftsformation zusammenzuführen, es aber im Rahmen dieser Theorie kaum zu wissenschaftshistorischen und -theoretischen Studien kam; wo sie noch in dem klassischen Verständnis und Gegensatz von Wahrheit und Ideologie verhaftet blieb, bewirkte Foucaults Ansatz einen erheblichen Fortschritt, denn Wissenschaft, Wahrheit und Vernunft konnten nun ganz im Sinne von Marx in konkreten Studien als Praktiken mit ihnen spezifischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen bestimmt werden. Dass vieles von dem, was Foucault Neues zur Diskussion beitrug, in Ansätzen schon in der älteren Kritischen Theorie zu finden war, konnte sich im diskursiven Feld jener Zeit nicht so ohne weiteres erschließen. Insofern haben die Studien Foucaults auch eine fruchtbare Perspektive auf die Kritische Theorie selbst ermöglicht. In der darauffolgenden Rezeptionswelle, in deren Mittelpunkt die Analysen Foucaults

zu Gefängnis und Disziplinarmacht standen, konnten Foucaults Arbeiten als ein Beitrag zur marxistischen Diskussion verstanden werden. Dies war sicherlich nicht durchgängig der Fall, für viele stellten die Überlegungen Foucaults ein Ärgernis und eine Provokation dar. Auf den Punkt gebracht wurde dies mit dem ersten Band von „Sexualität und Wahrheit“. Die Art und Weise, in der Foucault nun den Begriff der Macht weit über den der Staatsmacht hinaus ausdehnte, war nicht mehr ohne weiteres vereinbar mit Auffassungen, wie sie im Anschluss an Marx als verbreiteter Common Sense in der Linken bestanden. Begriffe wie Repression oder Unterdrückung wurden von Foucault zum Gegenstand einer kritischen Analyse gemacht, der für selbstverständlich gehaltene Zusammenhang von bürgerlicher Sexualmoral, Herrschaft und Ausbeutung wurde von Foucault seiner Evidenz beraubt. Im Namen einer unterdrückten Sexualität zu sprechen, galt nun nicht mehr ohne weiteres als emanzipativ.

Seit Anfang der 1980er Jahre setzte eine zunehmende Kritik an Foucault ein. Er wurde in den Kontext der Postmoderne gerückt – von der er selbst einmal sagen sollte, dass er gar nicht wüsste, was diese eigentlich sei. Foucaults Analysen galten nun als wahrheitsrelativierend und vernunftfeindlich. Seine Bezugnahmen auf Nietzsche, auf Heidegger machten ihn verdächtig, den Irrationalismus zu fördern. Solche Einwände warfen kein günstiges Licht auf Foucault. Einer Diskussion der Zusammenhänge seiner Arbeiten mit denen von Marx waren sie ebenfalls nicht förderlich. Dazu kam, dass auch die Diskussionen über Marx zum Erliegen gekommen waren. Viele waren des Seminarmarxismus überdrüssig, schon seit Mitte der siebziger Jahre wurde mit einer gewissen Abschätzigkeit von den „blauen Bänden“ gesprochen. Nicht zuletzt wurde Foucault selbst als einer der Gewährsleute für ein Abrücken von Marx in Anspruch genommen. Er schien die französischen Neuen Philosophen um André Glucksmann zu unterstützen, die, vormalis füh-

rende Vertreter des Maoismus, nun renegatenhaft auf Distanz gingen und, ganz ähnlich wie vordem schon Popper, gegen die „Feinde der offenen Gesellschaft“ loszogen. Platon, Hegel, Marx, Lenin, Stalin – alles musste zum Gulag führen. Dieser Sicht schien sich auch Foucault anzuschließen. Dies konnte den Eindruck erwecken, dass Foucault selbst in gewisser Weise von seiner Diskursanalyse abrückte, die sich solchen idealistischen Ableitungen historischer Entwicklungen aus Texten entgegengestellt hatte. Die Diskussion über Marx, die seit Mitte der 1960er einen enormen Aufschwung genommen hatte, brach in gewisser Weise ab. Dies wurde durch die historischen Ereignisse seit Ende der 1980er Jahre noch verstärkt. War man zuvor aus ökonomischen und politischen Gründen gezwungen, sich mit dem Marxismus einfach deswegen zu beschäftigen, weil er die Herrschaftsideologie der als kommunistisch geltenden Staaten war – man muss nur einmal daran erinnern, dass die Volkswagen-Stiftung damals eine textkritische Ausgabe der Schriften Mao Tse Tung förderte –, so war dieses Motiv nun hinfällig. Auch wenn solche Unternehmungen fragwürdig waren und im Kontext der sog. Systemkonkurrenz und Koexistenzpolitik standen, gaben sie doch einer ernsthaften, kritischen, emanzipatorisch orientierten Marxrezeption an den Universitäten ihren Rückhalt. Mit der „Wende“ und der Abwicklung des ostdeutschen Marxismus wurde auch die kritische Theorie an den westdeutschen und dann gesamtdeutschen Hochschulen mit abgewickelt. Erst in jüngster Zeit kommt es erneut zu einer Wiederaufnahme jener Debatten aus den 1970er Jahren.

Sofern Foucault nicht von ‚falschen Freunden‘ vereinnahmt wurde, die sich – gestützt auf seine Studien zur antiken Ethik und Kunst der Lebensführung – darüber freuten, dass er vor seinem Tod doch noch zur Moral- und Subjektphilosophie zurückgefunden habe, hat sich seit Anfang der 1990er Jahre eine Diskussion entwickelt, die an den Begriff von Regierung oder Gouvernementalität anschließt,

wie ihn Foucault vor allem in seinen Vorlesungen von 1978 und 1979 darlegte. Vorgezeichnet von Foucault selbst, erwies sich dieser Begriff fruchtbar für die Analyse neoliberaler Regierungstechnologien, insbesondere für den Bereich der Regierung seiner selbst, also Techniken der Selbstführung. Daraus ist eine regelrechte Foucault-Industrie hervorgegangen. Doch hat sie nicht nur den Bezug auf frühere Phasen der Arbeit von Foucault, also eine gewisse Systematik seiner Untersuchungen, vernachlässigt. Auch der von Foucault aufrechterhaltene Zusammenhang zu den linken Debatten der 1970er Jahre, zu den sozialen Bewegungen und zu marxistischen Fragestellungen geriet aus dem Blick. Solche Konstellationen waren für Diskussionen über Foucault und Marx, für theoretische und empirische Arbeit, die gleichermaßen Marx und Foucault in Anspruch nahm, nicht fruchtbar. Warum nimmt sich nun die PROKLA dieser Thematik an? Um dazu beizutragen, dass diese Diskussion weiter geführt wird. Die PROKLA ist seit ihrer Gründung insbesondere der Kritik der politischen Ökonomie verpflichtet, doch beschränkt sie sich nicht darauf, sondern versucht das gesamte Feld der kapitalistischen Gesellschaftsformation in den Blick zu nehmen. Der Anspruch der PROKLA geht auf radikale Herrschaftskritik. Foucaults Analysen stellen in dieser Hinsicht einen wichtigen Beitrag dar. Es ist deswegen genau zu prüfen, was Foucault zur Kritik der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft beizutragen hat, wie sich mit ihm Gesellschaftstheorie, die Begriffe von Marx und die der ihm folgenden

die der ihm folgenden Tradition weiter entwickeln lässt, ebenso auch, wie sich seine eigenen Analysen mit den Begriffen von Marx weiter entfalten lassen. Die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Heftes entfalten dazu ein facettenreiches Spektrum von Positionen. Auf einer recht grundsätzlichen Ebene beschäftigen sich die Beiträge von *Alex Demirović*, *Urs Lindner* und *Alex Schärer* mit der Beziehung zwischen Foucaultschem und Marx'schen Analysen. Während die ersten beiden Autoren durchaus Komplementäres und Ergänzendes dabei entdecken, sieht *Schärer* die beiden Konzeptionen als unvereinbar an. Auch eher Ergänzendes sieht *Christian Schmidt* in den Antworten, die Marx, Althusser und Foucault auf die Frage nach der Reproduktion der Gesellschaft geben. Mit Foucaults Diskursanalyse und ihrem Verhältnis zur Ideologietheorie bei Marx und Althusser setzt sich *Florian Kappeler* auseinander. Die letzten drei Beiträge setzen sich mit Foucaults Gouvernementalitätsansatz auseinander. Dabei versuchen *Markus Griesser* und *Gundula Ludwig* unter Rückgriff auf Gramsci den Foucaultschen Ansatz für eine feministische Staatstheorie nutzbar zu machen. *Urs Marti* und *Thomas Biebricher* zeigen dagegen aus unterschiedlichen Perspektiven die Grenzen des Gouvernementalitätsansatzes auf. Außerhalb des Schwerpunkts analysieren *Jürgen Hoffmann* und *Rudi Schmidt* den Lokführerstreik 2007/2008 und fragen nach den Konsequenzen für die künftigen gewerkschaftlichen Vertretungsstrukturen.

PROKLA 152 (September 2008): Politik mit der inneren (Un)sicherheit

Mit dem globalen 'Krieg gegen den Terrorismus' hat sich das innenpolitische Terrain der westlichen Demokratie erheblich verändert. Der Krieg wird nicht nur in fernen 'Schurkenstaaten' geführt, auch innerhalb Europas und der USA haben - vor allem präventive - geheimdienstliche und sicherheitspolitische Maßnahmen massiv zugenommen. So erzwingt in Deutschland das neue Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung ab dem 1. Januar 2008 die Archivierung aller Telekommunikationsverbindungsdaten für ein halbes Jahr zur Strafverfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaften, Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz, BND und MAD. Es verbietet Anonymisierungsdienste und schränkt den Vertrauensschutz für verschiedene Berufe ein. Auf europäischer Ebene sind die Vernetzung sicherheitsrelevanter Datenbanken der Mitgliedsländer und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen nationalstaatlichen Gewaltapparaten in vollem Gange. Verdächtige Personen werden in vielen Ländern ihrer Grundrechte beraubt. In Großbritannien verabschiedete das Parlament 2005 den Prevention of Terrorism Act, mittels dessen Hausarreste erteilt werden können, ohne dass es dazu einer gerichtlichen Entscheidung bedürfte. In den USA wurde mit dem Military Commissions Act 2006 (MCA) gar eines der wichtigsten Schutzrechte partiell außer Kraft gesetzt, das der bürgerliche Rechtsstaat kennt: das Habeas Corpus-Recht. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren waren in vielen Ländern ähnlich autoritäre Tendenzen zu beobachten: in Deutschland etwa bei den Notstandsgesetzen, dem Radikalenerlass und Anti-Terrorismusegesetzen wie dem Paragraphen 129a; in den USA zum Beispiel bei der Überwachung der Anti-Vietnamkriegsbewegung und der Zerschlagung von Bewegungen wie den Black Panthers.

Doch angesichts des aktuellen Ausbaus bereits existierender Überwachungs- und Kontrollinstrumente und der Durchsetzung neuer 'Sicherheitstechniken' stellt sich die Frage, ob den gegenwärtigen Entwicklungen nicht eine neue Qualität zukommt. Lassen sich neue Formen einer präventiven Kontroll- und Gewaltpolitik identifizieren, die sich substantiell von ihren historischen Vorläufern unterscheiden? Und wenn ja, welches sind die funktionalen Imperative, die zu der Neuformierung des sicherheitspolitischen Feldes führen? Oder handelt es sich bei den aktuellen Verschärfungen eher um das Ergebnis einer konjunkturbedingten Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Gunsten einer rigiden, aber nicht unbedingt neuen law-and-order Politik? Gilt es alarmistische Positionen zu vermeiden und was wären die Konsequenzen für ein politisches Gegenprojekt?